

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: <https://www.researchgate.net/publication/324643310>

Schlagwort oder Kampfbegriff. Zur 'Political Correctness'-Debatte in den USA

Article in *Aus Politik und Zeitgeschichte* · January 1995

CITATIONS

0

READS

48

2 authors, including:



[Hermann Kurthen](#)

Grand Valley State University

59 PUBLICATIONS 308 CITATIONS

[SEE PROFILE](#)

Some of the authors of this publication are also working on these related projects:



Is Studying Abroad Still a Privilege? Exploring Access and Inequalities in the U.S. Midwest [View project](#)

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Kurthen/Kay Marie Losey
Schlagwort oder Kampfbegriff?
Zur „Political Correctness“-Debatte in den USA

Cora Stephan
Political Correctness,
Identität und Werterelativismus

Sven Papcke
„Political Correctness“
oder die Reinigung der Sprache

B 21-22/95
19. Mai 1995

Hermann Kurthen, Dr. phil., geb. 1952; Studium der Soziologie, Politik und Volkswirtschaft an der FU Berlin; 1991–1993 DAAD-Associate Professor in den USA; derzeit Forschungsstipendiat des German Marshall Fund of the U.S. an der Universität von North Carolina in Chapel Hill.

Veröffentlichungen zur Ausländerbeschäftigung und betrieblichen Personalpolitik, über ethnische Stratifikation und Arbeitsplatzdiskriminierung in Berlin und Toronto, deutsche Einwanderungspolitik, Multikulturalismus und Gleichstellungsgesetzgebung in Kanada.

Kay Marie Losey, Ph. D., geb. 1958; Professorin für Anglistik und Assistant Director des Writing Programs an der Universität von North Carolina in Chapel Hill.

Veröffentlichungen zu Soziolinguistik, Zweisprachigkeit und Sprachförderung von ethnischen Minderheiten in den USA.

Cora Stephan, Dr. phil., geb. 1951; lebt als Publizistin in Frankfurt am Main und arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt zum Thema „Krieg und Gesellschaft“.

Buchveröffentlichungen u. a. zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur politischen Kultur der Bundesrepublik, darunter zuletzt: Der Betroffenheitskult. Eine Politische Sittengeschichte, Berlin 1993; Neue Deutsche Etikette, Berlin 1995.

Sven Papcke, Dr. rer. soc., geb. 1939; Professor für Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Veröffentlichungen u. a.: Gesellschaftsdiagnosen. Klassische Texte der deutschen Soziologie im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main – New York 1991; Deutsche Soziologie im Exil. Gegenwartsdiagnosen und Epochenkritik, Frankfurt am Main – New York 1993; Humanistische Soziologie in Deutschland und ihre Widersacher, Münster – Hamburg [1995].



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur „Political Correctness“-Debatte in den USA

I. Einführung: Viel Lärm um Nichts?

Medienberichte über die USA benutzen neuerdings häufiger das Schlagwort der „Politischen Korrektheit“ oder „Political Correctness“ (PC), um in Anlehnung an Orwells „1984“ die Vorstellung heraufzubeschwören, eine selbsternannte Tugendpolizei wolle neuerdings in den USA „kein falsches Wort zwischen den Rassen und den Geschlechtern mehr dulden“¹. Sind die Vereinigten Staaten auf dem Weg in einen neuen Totalitarismus, der ihre klassischen Traditionen von Individualismus, Selbstbestimmung und liberalen Freiheitsrechten in Frage stellt? Und ist, wie es „Der SPIEGEL“ 1994 formulierte, „Amerikas jüngster Versuch, die Welt zu verbessern... bestenfalls ein Beitrag zum Dumbbau von Babel“²?

Nimmt man die Häufigkeit zum Maßstab, mit dem der Begriff „PC“ in privaten Unterhaltungen, akademischen Vorträgen, populären Fernsehshows oder politischen Karikaturen auftaucht, dann scheint diese Vermutung zutreffend. Tatsächlich ist „PC“ einer der am inflationärsten verwendeten Begriffe in den amerikanischen Medien und in der öffentlichen Debatte. Liberale, Linke, Feministinnen, Vertreter von Minderheiten und Befürworter von Multikulturalismus beklagen sich bitter über den zumeist abschätzigen Gebrauch des Begriffs, der, wie sie behaupten, ihre Bemühungen um eine Öffnung der amerikanischen Gesellschaft, das Hinterfragen von überkommenen Tabus, Vorstellungen und Stereotypen karikiert und verfälscht.

Eine ungekürzte englische und von diesem Beitrag etwas abweichende Fassung erschien in: Internationale Politik und Gesellschaft – International Politics and Society, 1 (1995), S. 46–58, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Für die deutsche Übersetzung und Überarbeitung zeichnet verantwortlich Hermann Kurthen.

1 Klaus Harpprecht, Die Torheit der Gesinnungswächter, in: Die Zeit vom 27. 1. 1995, S. 50.

2 Der Spiegel, Nr. 28 vom 11. Juni 1994, S. 160.

II. Hintergrund

Um den Stellenwert der „PC“-Debatte besser begreifen zu können, ist es nützlich, zunächst einen Blick auf Entwicklungen der amerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zu werfen. Einstmals ein Mikrokosmos europäischer Einwanderer, werden die Vereinigten Staaten zunehmend zu einem Spiegelbild der Welt, zu einer „Nation von Nationen“. Naturgemäß steht daher die Frage im Zentrum, wie man mit zunehmender ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt umgehen soll, wie man früher vernachlässigte oder benachteiligte Gruppen behandelt und nach welchen Kriterien man knappe Ressourcen zwischen Minderheiten und Mehrheit verteilt³. Die Auseinandersetzung um die Gleichstellungsgesetzgebung („Affirmative Action“), Multikulturalismus und das „klassische“ westliche Erbe, Fragen nach dem gegenseitigen Umgang der Geschlechter, Ethnien und Kulturen sind Gebiete, auf denen nach neuen Antworten gesucht wird.

Die meisten Beobachter bestätigen, daß die Ursprünge der Debatte zurückgehen auf die von der Bürgerrechts-, Anti-Diskriminierungs- und Antikriegsbewegung in den sechziger Jahren propagierten Ideale eines liberalen Humanismus und ihre Suche nach einer moralisch legitimierte Politik, die in der „Bevorzugung der Anliegen der Unterdrückten“⁴ ihren Ausdruck fand. Diesen Protestbewegungen folgten in den siebziger Jahren die Frauen- und in den achtziger Jahren die Homosexuellenbewegung. Ohne Zweifel beeinflussten diese Bewegungen, von den Rändern ausgehend, schließlich auch die Einstellungen und das Verhalten der Mehrheit und erhöhten die Sensibilität gegenüber Vorurteilen und Diskriminierung. Der Umbruch wurde begünstigt durch verschiedene Umstände, etwa Veränderungen in der Bevölke-

3 Vgl. Elizabeth Fox-Genovese, The Self-Interest of Multiculturalism, in: Tikkun, 6 (1991) 4, S. 48.

4 Harry C. Boyte, The Politics of Innocence, in: Patricia Aufderheide (Hrsg.), Beyond PC, Saint Paul, UN 1992, S. 179.

terisiert, wurde mit dem Thema politischer Korrektheit „von den Rechten ironischerweise ein linker Kalauer aufgegriffen, um die Linke zu prügeln...“¹¹.

Der gegenwärtige Gebrauch des Begriffs „PC“ und die durch ihn geweckten Leidenschaften widerspiegeln also mehr als nur einen Streit um die richtigen Worte („War of Words“). Es verbergen sich dahinter gegensätzliche Weltanschauungen, moralische Maßstäbe, politische Absichten und Gruppenideologien. Denjenigen, die mit „PC“ identifiziert werden, geht es letztlich darum, soziale, geschlechtsspezifische und rassistische Ungleichheit, Intoleranz, Diskriminierung und Vorurteile zu überwinden¹² und die gleichsam selbstverständliche Dominanz der angelsächsischen männlichen „mainstream“-Kultur und ihrer Träger im öffentlichen Leben in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang verkörpert Multikulturalismus auch die Anerkennung und Wertschätzung kultureller Verschiedenartigkeit, spezifischer Lebensstile und ethnischen Selbstbewußtseins als Teil der pluralen Identität Amerikas.

Für Neokonservative, Traditionalisten und konservative Liberale dagegen ist „PC“, wie ein liberaler Kritiker sich ausdrückt, „eine Art Weihnachtsbaum, an den die Rechte all das anhängt, was ihr nicht in den Kram paßt, etwa im Bereich der Universitätserziehung: die Gleichstellungsgesetzgebung, Zulassungsquoten für Minderheiten, Veränderungen im Lehrplan usw.“¹³.

In der öffentlichen Diskussion wird inzwischen „PC“ oder was dafür gehalten wird, wie von der Rechten, ebenfalls ablehnend und geringschätzig beurteilt. Taylor schreibt etwa in dem populären „New Yorker“, die Befürworter von „PC“ „seien sich einig in der (absurden) Überzeugung, die westliche Kultur und die amerikanische Gesellschaft seien hoffnungslos und von Grund auf rassistisch, sexistisch und repressiv“¹⁴. Mit anderen Worten, „PC“ wird gleichgesetzt mit Indoktrination, Kontrolle sowie Zwang und ist zu einem emotional aufgeladenen konservativen Kampfbegriff geworden zur Verleumdung linker und liberaler politischer, sozialer und kultureller Reformbemühungen und Absichten, die in den sechziger Jahren ihren Ausgang nahmen.

11 M. Isserman, *Travels with Dinesh*, in: *Tikkun*, 6 (1991) 5, S. 82.

12 Vgl. I. M. Choi/I. W. Murphy, *The Politics and Philosophy of Political Correctness*, Westport, CT 1992, S. 2.

13 Lee A. Daniels, *Diversity, Correctness and Campus Life*, in: *Change* vom September/Okttober 1991, S. 18.

14 I. Taylor, *Are You Politically Correct?*, in: *New Yorker* vom 21. 1. 1991, S. 33.

IV. Streitpunkte

Unter dem Stichwort „PC“ wird eine Vielzahl von Themen abgehandelt. Am kontroversesten ist die Frage nach dem intellektuellen Nährboden von Kulturkritik und Multikulturalismus; die Frage nach Lehrplaninhalten an Schulen und Hochschulen; die angebliche Bedrohung der freien Meinungsäußerung durch Forderungen nach einer „neuen Sensibilität“ und die Frage der Herstellung angemessener Beteiligungen von Minderheiten in Beruf, Studium und im öffentlichen Leben.

1. Kritische Theorie?

Ein Ursprung der „PC“ Debatte reicht zurück auf die literaturkritische „Entdeckung“ vormals vergessener oder an den Rand gedrängter Minderheiten und die akademische Rezeption kritischer und postmoderner Theorien, insbesondere in den Geisteswissenschaften und einigen Fachbereichen für Anglistik. Konservative Kulturkritiker wie Robert Kimball, Allan Bloom, und Dinesh D'Souza haben die Beschäftigung mit Theorien, die vom Dekonstruktionismus und Poststrukturalismus bis hin zur „Frankfurter Schule“ und neomarxistischen Lehrgebäuden reichen, abfällig kommentiert, was dann von einflußreichen Kolumnisten kolportiert und auf den schlichten Nenner „intellektuellen Ramsches“¹⁵ gebracht wurde. Einige Kritiker sprechen sogar von einer angeblich antiwestlichen und anti-kapitalistischen, unamerikanischen und irrationalen „deutschen Connection“, als deren geistige Ziehväter Karl Marx, Sigmund Freud, Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger ausgemacht werden.

Aber nicht alle Beobachter teilen solche Pauschalurteile und das Feindbild gefährlicher und mächtiger intellektueller Drahtzieher. George Douglas¹⁶ und Seymour M. Lipset¹⁷ sind der Ansicht, in Wirklichkeit seien die „beamteten Radikalen“ gesellschaftlich isoliert und bemäntelten ihre politische Machtlosigkeit mit Verbalattacken auf amerikanische Grundwerte. Unterstützer von Multikulturalismus wie Barbara Epstein, Michael

15 John Leo, *Customized History Turns Fiction Into Fact*, in: *Barham Merald Sun* vom 23. 2. 1994, S. A 8.

16 Vgl. George H. Douglas, *Education without Impact*, New York 1992.

17 Vgl. Seymour M. Lipset, *The Sources of Political Correctness on American Campuses*, in: Howard Dickman (Hrsg.), *The Imperiled Academy*, New Brunswick-London 1993, S. 71-96.

Berube oder John Searle¹⁸ teilen letztere Einschätzung einer politisch zersplitterten, macht- und führungslosen akademischen Bewegung. Nach Barbara Ehrenreich ist das Gerede vom drohenden „Faschismus der Linken“ ein Popanz¹⁹. „Es gibt wenig Anzeichen, daß es eine Linke überhaupt noch gibt.“²⁰ Liberale und Linke wenden sich auch gegen die Unterstellung, die akademischen Fürsprecher der Berücksichtigung von Rechten, Sichtweisen und kulturellen Traditionen von Minderheiten und Frauen seien radikale Sektierer. Vielmehr, so wird argumentiert, handele es sich um intellektuelle Vorkämpfer von Bewegungen, die sich gegen Anpassungsdruck, alte Denkgewohnheiten und überholte Verhaltensweisen zur Wehr setzten. Der Versuch, sich der eigenen Identität durch kritische Reflexion des theoretischen, literarischen und kulturellen Erbes zu vergewissern, oder die Beteiligung an internationalen intellektuellen Diskursen sei das genaue Gegenteil einer Abkapselung, wie es Allan Blooms Buchtitel „The Closing of the American Mind“ suggeriere. Die Tatsache, daß Teile der gebildeten amerikanischen Öffentlichkeit diese neuen, teilweise auch beunruhigenden Ideen aufgriffen, beweise, daß es sich nicht um ein „Beschäftigungsprogramm für beamtete Radikale“²¹, eine kurzlebige intellektuelle Mode oder importierte „unamerikanische“ Anschauungen handele. Es handele sich vielmehr um das Bedürfnis, eine sich verändernde Welt besser zu begreifen und zu bewältigen.

Die Tatsache, daß schwerverständliche philosophische Traktate und esoterische literarische Diskussionen über akademische Zirkel hinaus – in einer angeblich durch und durch materialistischen Konsumgesellschaft – einen derartigen öffentlichen Aufruhr erzeugt haben, mag in der Tat andeuten, daß ein Bedarf besteht nach Überwindung althergebrachter Erklärungsmuster und nach einem neuen amerikanischen Selbstverständnis. Aber der Verdacht konservativer Kritiker ist wohl auch richtig, daß dieses vitale Interesse an neuen geistigen und politischen Orientierungsmaßstäben und

18 Vgl. Barbara Epstein, *Political Correctness and Identity Politics*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 148–154; Michael Berube, *Public Image Limited: Political Correctness and the Media's Big Lie*, in: Paul Berman (Hrsg.), *Debating P. C.*, New York 1992, S. 1–28; John Searle, *The Storm over the University*, in: P. Berman, ebd., S. 85–123.

19 Vgl. Barbara Ehrenreich, *The Challenge for the Left*, in: P. Berman, ebd. S. 11–22.

20 Rosa Ehrenreich, *What Campus Radicals?*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 135.

21 Robert Kimball, *Tenured Radicals. How Politics has Corrupted our Higher Education*, New York 1990; vgl. auch George F. Will, *Radical English* in: P. Berman (Hrsg.) (Anm. 18), S. 258–261.

Erklärungsweisen gesellschaftlicher Wirklichkeit einen nachlassenden Glauben an die Überlegenheit und Vorherrschaft angelsächsischer Traditionen, althergebrachter Moralvorstellungen, von Geschlechterrollen und der Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheit ausdrückt, der bis hin zu einer Kritik vorherrschender Architektur, Alltagsästhetik und Kunst reicht, kurzum, eine Krise des überlieferten „American way of life“ signalisiert.

2. Multikulturalismus

Der Begriff „Multikulturalismus“ bezeichnet Bemühungen, die Interessen, Rechte, Sichtweisen und kulturellen Traditionen bislang diskriminierter oder ausgeschlossener Minderheiten, einschließlich der Frauen, angemessener in einer angelsächsisch und von Männern geprägten Mehrheitskultur zu berücksichtigen. Ursprünglich diente Multikulturalismus dazu, öffentliches Bewußtsein und Sensibilität zu erzeugen für Anliegen von Minderheiten und Frauen. An manchen Universitäten wurde es zur Pflicht gemacht, Veranstaltungen über ethnische Studien zu besuchen. Universitätsangehörige wurden mit Fragen ‚interkultureller Kommunikation‘ vertraut gemacht und Betroffene rassistischer oder antifeministischer Gewalt ermutigt, ihre Interessen mit größerem Selbstbewußtsein auszudrücken. Auch wurde der Erwerb von Kenntnissen über das vormals unterdrückte, verschwiegene oder vernachlässigte Kulturerbe (Musik, Literatur, Kunst, Religiosität, Naturgefühl, Geschichte, Mythen usw.) gefördert. Diese Bemühungen fanden auch bald außerhalb der Universitäten breiten Anklang.

Besonders die akademische Linke griff in den siebziger und achtziger Jahren begeistert die Idee des Multikulturalismus als Ersatz für ihren verlorengegangenen Glauben in die Veränderbarkeit des Kapitalismus auf. Robert Hughes bemerkt dazu: „Die akademische Linke ist jetzt mehr an Fragen die Hautfarbe und das Geschlecht betreffend interessiert als an Klassenfragen. Aber sie ist lediglich daran interessiert, über diese . . . Fragen abstrakt zu theoretisieren . . .“²² Doch dabei blieb es nicht. Was in den späten sechziger Jahren als Protestkultur begann, endete in vielerlei multikulturellen Initiativen. Wie Meinungsumfragen und Untersuchungen belegen, gelang es der Gegenkultur mit gewissem Erfolg, Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Vorurteile in der amerikanischen Gesellschaft zurückzudrängen. Was noch vor Jahrzehnten verpönt war, gilt heute als selbstverständ-

22 R. Hughes (Anm. 9), S. 76.

lich. An Bildungseinrichtungen schossen etwa neue Kurse und Studienrichtungen aus dem Boden: Afro-amerikanische Studien, Latino-Kurse, Lehrveranstaltungen über Dritte-Welt-Probleme, über Frauen, Lesben und Homosexuelle.

Wie zu erwarten, nutzten an den Rändern dieser neuen sozialen Bewegung Dogmatiker und Radikale Multikulturalismus und „PC“ als Vorwand und Plattform, um sektiererische Partikularinteressen und einen Kulturrelativismus zu propagieren. Sie vertraten Forderungen, die den Vorstellungen gemäßiger Linker und Liberaler, Multikulturalisten und Feministinnen zuwiderliefen. Ihre radikale Phraseologie und grotesken Blüten wurden von konservativen Gegnern ebenso wie von den auf Sensationslust ausgerichteten Medien für einen „Backlash“ ausgenutzt²³. In der Folge wurden Befürworter eines neuen Pluralismus oder Multikulturalismus pauschal mit Separatismus und Sektierertum gleichgesetzt²⁴. Konservative wie Norman Podhoretz und liberale Traditionalisten wie Arthur M. Schlesinger kritisieren, Multikulturalismus führe zu Separatismus und Ethnozentrismus. Sie beschwören das dramatische Bild einer „Balkanisierung“ der amerikanischen Gesellschaft und die Gefahr ethnisch-rassistischer Bürgerkriege, falls dem permissiven Liberalismus nicht baldigst Einhalt geboten werde²⁵. Ohne Verpflichtung auf einen gemeinsamen westlichen Wertekonsens würde die „multi-rassische“ amerikanische Gesellschaft zerfallen. Wie sonst, so fragen sie, können in der Zukunft Einwanderer integriert werden, wenn nicht auf der Basis gemeinsamer Wertmaßstäbe? Nach Allan Bloom kann es sich eine Gesellschaft nicht erlauben, ihre eigenen Außenseiter zu erzeugen. Vielmehr sei es ihre Pflicht, Einwanderer zu Amerikanern einzuschmelzen²⁶. Doch Bloom gibt keine Antwort auf die Frage, ob eine sich hinter eng gefaßten westlichen Werten verschanzende Nation hinreichend in der Lage ist, wachsende kulturelle und ethnische Vielfalt zu bewältigen und einen „Kulturkampf“ zu vermeiden.

3. Kampf um das „klassische“ Erbe

Die Auseinandersetzung um Curricula, Lehrbücher und Unterrichtsformen in Schule und Hochschule ist Ausdruck dieser Suche nach einem

neuen amerikanischen Konsens. Neokonservative wie liberale Traditionalisten werfen den Multikulturalisten vor, sie wollten den „klassischen“ Lehrplan durch einen den gemeinsamen westlichen Wertvorstellungen und Traditionen nicht mehr verpflichteten separatistischen und ethnozentrischen, daher „unamerikanischen“ Kanon ersetzen. „In seiner extremen Ausprägung führt dies zu einem Wertneutralismus, in dem alle Kulturen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Bedeutung oder Dürftigkeit, auf eine Stufe gestellt werden.“²⁷ Abfällige Bemerkungen über den angeblichen „Eurozentrismus“ des klassisch-humanistischen Erbes und seine Charakterisierung als das Werk „überlebter weißer Patriarchen“ (DWM – dead white males) hat besonders heftige Gegenreaktionen hervorgerufen, obwohl insbesondere der DWM-Vorwurf selten als ernsthaftes Argument vorgebracht wird²⁸.

Kritiker „eurozentristischer Hegemonie“ des Kanons weisen den Vorwurf der Spaltung und Absonderung zurück. Erstens sei es ein Mythos, daß westliche und angelsächsische Wertvorstellungen schon immer von allen Gruppen in den USA unhinterfragt geteilt worden seien. Zweitens gehe es nicht darum, das westliche Erbe zu ersetzen oder abzuwerten, sondern anderen, nichtwestlichen Vorstellungen Gehör zu verschaffen und sie in den Kanon einfließen zu lassen. Ziel sei nicht die Erhöhung des Selbstbewußtseins von Minderheiten auf Kosten der Mehrheit oder eine Stärkung des Gruppenegoismus, sondern „die richtigen Informationen zu vermitteln. Wenn dann als eher nebensächliche Folge der Vermittlung von Wahrheit und Genauigkeit auch eine Einstellungsänderung von weißen und schwarzen Studenten bewirkt werden würde“²⁹, sei dies begrüßenswert. Die Einheit der amerikanischen Gesellschaft werde dadurch nicht in Frage gestellt, es gehe vielmehr um einen neuen kulturellen Pluralismus ohne traditionelle Hierarchien. Allerdings bleibt die Frage offen, wie ein derart „ausgewogener“ und allen Interessen und Ansprüchen „gerecht“ werdender Pluralismus der Kulturen hergestellt und bewahrt werden kann.

Neben dem Streit um das richtige „Erbe“ sind auch bestimmte Lehrinhalte und geisteswissenschaftliche Theorien Zielscheibe konservativer Bean-

23 Vgl. Susan Faladi, *Backlash. The Undeclared War Against American Woman*, New York 1991.

24 Vgl. M. Elfin/S. Burke, *Race on Campus*, in: *U.S. News and World Report* vom 19. 4. 1993, S. 52–56.

25 Vgl. Dinesh D'Souza, *The Visigoths in Tweed*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 21.

26 Vgl. A. Bloom (Anm. 7).

27 William A. Henry, III, *Beyond the Melting Pot*, in: *Time Magazine* vom 9. 4. 1990, S. 28–31.

28 Vgl. Christine Stansell, *Liberated Loutishness*, in: *Tikkun*, 6 (1991) 4, S. 54.

29 Molefi Kete Asante, *Multiculturalism: An Exchange*, in: P. Berman (Hrsg.) (Anm. 18), S. 307.

standung geworden. Postmodernen und poststrukturalistischen Theorien wird etwa vorgeworfen, sie relativierten unzulässigerweise Begriffe wie „Wahrheit“ und „Objektivität“, indem sie deren historische Bedingtheit und gesellschaftliche Prägung betonten. Sie hätten keinen erzieherischen Wert, da sie einseitig seien und zur Verbreitung von Nihilismus, Zynismus, oberflächlichem Intellektualismus und zu einer unangemessenen Politisierung des Erziehungswesens führten³⁰. Befürworter einer Reform und Öffnung des Erziehungswesens weisen derartige Vorwürfe als Irrtum zurück: „Ein Lehrplan ist kein Bollwerk, sondern ein durchlässiger Körper.“³¹

Auf Pauschalurteile reagieren die Angegriffenen durchweg defensiv oder zahlen mit ähnlicher Münze zurück. Die Vereinigung der „Lehrer für eine demokratische Kultur“ wirft Politikern, Massenmedien und einflußreichen konservativen Interessengruppen wie der „Nationalen Dozentenvereinigung“ (NAS) vor, sie würden die Öffentlichkeit bewußt irreführen, kritische Erzieher einschüchtern oder abweichende Meinungen unterdrücken, wodurch „Vernunft, Wahrheit und ästhetische Maßstäbe ordinären tagespolitischen Interessen geopfert würden... Die gegenwärtige Debatte wird... nicht als eine legitime Auseinandersetzung dargestellt, in der man auf vernünftige Art und Weise um unterschiedliche Ansichten ringen kann, sondern sie wird als einfache Wahl zwischen Zivilisation und Barbarei hingestellt.“³²

Warum erzeugen universitäre Einführungskurse über Konfuzius, Frantz Fanon, Malcolm X oder die Lektüre von Texten der Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eine derartige Hysterie? Könnte es damit zusammenhängen, daß befürchtet wird, die unkritische Verherrlichung abendländischer Zivilisation und ihrer Überlegenheit werde dadurch in Frage gestellt? Wäre es denkbar, daß das Wissen um den abendländischen Anteil an Sklaverei, gewaltsamer Unterdrückung, wirtschaftlicher Ausbeutung, Rassismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden das Selbstverständnis von Amerikanern europäischer Herkunft läutert? Könnte die Einbeziehung der Sichtweisen anderer, früher unterdrückter Kulturen eine ehrlichere und realistischere Bewertung der eigenen Geschichte ermöglichen³³?

30 Vgl. George F. Will, *Radical English*, in: P. Berman (Anm. 18), S. 259.

31 R. Hughes (Anm. 9), S. 109.

32 *Teachers for a Democratic Culture, Statement of Principles*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 67f.

33 Vgl. W. A. Henry, III (Anm. 27).

4. Freie Meinungsäußerung oder Zensur?

„Politisch korrekte“ Sprach- und Verhaltensmaßregeln, von Befürwortern als Ausdruck einer Bewußtseinsweiterung, von Toleranz und einer neuen Sensibilität gepriesen, werden von Gegnern als Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, als Zensur und Tugendwächerei („Dictatorship of Virtue“³⁴) kritisiert. Es stelle sich die Frage, ob „die Rechte derjenigen, die sich durch unsensible Redewendungen beeinträchtigt fühlen, höher zu bewerten sind als das Recht auf freie Meinungsäußerung“³⁵.

Der Versuch, verletzende, irreführende oder dem gegenwärtigen Wissensstand nicht mehr entsprechende Sprechformeln durch zeitgemäßere und objektivere Begriffe zu ersetzen, führt oft zu einer schnellebigen Abnutzung von Begriffen, wie das Beispiel der „korrekten“ Bezeichnung von Schwarzamerikanern zeigt. Bezeichneten sich die letzteren in der Vergangenheit selbst stolz als „Neger“ (negro), wird dieser Ausdruck jetzt als beinahe ebenso anstößig angesehen wie das Wort „Nigger“ oder „Farbiger“ (colored). In den späten sechziger Jahren wurde das Wort „Afroamerikaner“ modisch, dann aber in den siebziger Jahren ersetzt durch „Schwarze“ (Blacks). Dieser Begriff ist immer noch üblich in einigen Gegenden des amerikanischen Südens, ansonsten ist jetzt aber der Begriff „Amerikaner afrikanischer Abstammung“ (African American) en vogue. In ähnlicher Weise wurden Wörter mit der Endung „man“ (-mann) von Feministinnen als sexistisch kritisiert und durch weiblichere Wortschöpfungen ersetzt.

Die Wünschbarkeit, Angemessenheit und Berechtigung von Verhaltensvorschriften gegenüber Frauen und Minderheiten sind ein anderes Feld, auf dem „politische Korrektheit“ zu einer Polarisierung der Gemüter geführt hat. Konservative Kritiker beanstanden das Fehlen objektiver Maßstäbe zur Feststellung von derlei Normverletzungen. Es seien im Endeffekt die „als Opfer bezeichneten Gruppen selbst, die sich als Tugendwächter aufspielen gegen alles, was ihrer Ansicht nach kränkend sein könnte“³⁶. Verteidiger von Verhaltensregeln gegen sexuelle und rassistische

34 Richard Bernstein, *Dictatorship of Virtue. Multiculturalism and the Battle for America's Future*, New York 1994.

35 Miles Harveg, *Politically Correct is Politically Suspect*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 143.

36 George F. Will, *Literary Politics*, in: P. Berman (Hrsg.) (Anm. 18), S. 260.

Belästigung und Beleidigung („harrassment codes“) dagegen behaupten, man könne eingefahrenes Verhalten und die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen nur dadurch unterbinden, daß man potentiellen Opfern rechtliche Instrumente an die Hand gebe und korrektes Verhalten vorschreibe.

Die Flut von Anschuldigungen wegen angeblich rassistischer oder sexueller, verbaler oder körperlicher Belästigung und Beleidigung nach Einführung derartiger Verhaltensvorschriften an vielen Schulen und Hochschulen gibt scheinbar den Befürwortern recht, die einen Handlungsbedarf sehen. Es gibt aber auch Hinweise, daß derlei sprachhygienische Kunstgriffe und enggefaßte Vorschriften zu vielerlei Verdächtigungen, Verleumdungen und Mißbrauch einladen.

Neopuritanische Auswüchse „politischer Korrektheit“ wurden, wie zu erwarten, von Gegnern heftig kritisiert und Vergleiche gezogen mit der „Hitlerjugend oder Mao Tse-tungs Roten Garden“³⁷ und einer Hexenjagd à la „McCarthy“³⁸. Andere Kritiker sprechen von einer „Kultur des Klagens“³⁹ oder von einer „Opfermanie“ („victimology“), d.h. einem Wettbewerb um die Selbststilisierung in fragwürdigen Opferrollen und Forderungen nach finanzieller Wiedergutmachung. An die Stelle des optimistischen und tatkräftigen individualistischen „Pioniers“ der Frühzeit sei der manipulierende, klageversessene und humorlose Buchhalter getreten, der aus seiner chronischen Empörung auch noch handfestes Kapital schlage⁴⁰.

Einige Beobachter sehen in verbalen Ausfällen, Übertreibungen und „politisch korrekter“ Reglementierungssucht Elemente eines in Amerika weit verbreiteten moralischen Heuchlertums gepaart mit fundamentalistischer Rechthaberei, einem „merkwürdigen Gemisch aus Individualismus und Konformismus“⁴¹, von dem weder Linke noch Rechte frei seien. Diese Diagnose mag zutreffen, doch noch interessanter ist die Frage, ob rigide Kontrolle individuellen Verhaltens und Sprachzensur eine Zukunft haben? Dafür gibt es wenig Anhaltspunkte. Zu vielfältig ist die Realität ethno- und subkultureller Vielfalt und die durch sie her-

vorgeschufene „Werte-Pluralisierung“⁴². Und zu widersprüchlich sind die Rollenanforderungen in Politik, Privatleben und Beruf im Vergleich zu den im Erziehungswesen, den Massenmedien und in der Unterhaltungskultur propagierten Idolen⁴³. Amerika – wie andere moderne Gesellschaften – wird wohl noch einige Zeit mit der Spannung von Freiheit und Kontrolle, Zensur und Toleranz, Vielfalt und Uniformität leben müssen.

5. Umstrittene Gleichstellungsgesetzgebung

Ein weiteres, heiß umstrittenes Thema ist die Frage, ob und wie vor allem in der (Aus-)Bildung und im Beruf Unterschiede nach Hautfarbe und Geschlecht berücksichtigt werden sollen, um kollektive und individuelle Benachteiligungen und Diskriminierungen in der Vergangenheit und Gegenwart aufzuwiegen. Dazu gehört die Frage nach der Berechtigung und Fortsetzung der amerikanischen Gleichstellungsgesetzgebung („Affirmative Action“), die noch aus der Zeit der Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren stammt. Die bevorzugte Studienzulassung angeblich unqualifizierter Frauen oder Schwarzamerikaner ebenso wie Quotenregelungen bei Einstellungen haben den Vorwurf einer das Leistungsprinzip verletzenden „umgekehrten Benachteiligung“ („reverse discrimination“) weißer männlicher Bewerber provoziert⁴⁴. Andere kritisieren die Anti-Diskriminierungsgesetzgebung, weil sie äußerliche Merkmale wie Geschlecht und Hautfarbe als Kriterium benutzt anstelle sozialer Bedürftigkeit⁴⁵.

Ein Teil der öffentlichen Abneigung gegen Gleichstellungsmaßnahmen kann wohl erklärt werden mit enttäuschten Aufstiegserwartungen und einer Stagnation des Lebensstandards der amerikanischen Mittelklassen. Enttäuschungen und Ängste werden geschürt von Slogans einer „antiliberalen Erziehung“, einem „Verlust von Leistungsmaßstäben“, einer „Kultur der Gleichmacherei“, geprägt von konservativen Intellektuellen wie Glazer, Schlesinger, D'Souza, Kimball, Bloom, Lynne Cheney und anderen. Derlei Parolen werden dann von „patriotisch korrekten“ Kolumnisten, Talk-

37 Linda Brodkey/Shelli Fowler, What Happened to English 306?, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 115.

38 Vgl. D. D'Souza (Anm. 25), S. 13. Senator McCarthy war ein berühmter amerikanischer Kommunistenjäger während der Zeit des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren.

39 R. Hughes (Anm. 9).

40 Vgl. Amerika – eine Nation von Opfern?, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe vom 31. 12. 1993, S. 5.

41 Todd Gitlin, On the Virtues of a loose Canon, in: A. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 26f.

42 Hartmut Wasser, Die Rolle der Ideologie in den Vereinigten Staaten, in: ders. (Hrsg.), USA Grundwissen. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Opladen 1993², S. 55.

43 Paula Bennett, Canons to the Right of Them..., in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 169.

44 Vgl. Nathan Glazer, Affirmative Discrimination: Ethnic Inequality and Public Policy, Cambridge 1987; Thomas Short, A New Racism on Campus?, in: Commentary, 88 (1986), S. 46–50.

45 Vgl. R. Hughes (Anm. 9), S. 63.

showmoderatoren oder Radiokommentatoren à la Rush Limbaugh popularisiert. Ein dauerhafter Konflikt ist vorprogrammiert. Wie die sich gegenwärtig abzeichnende Debatte im Vorfeld des Wahlkampfes im Jahre 1996 belegt, wird sich „mit dem Anstieg der Zahl von Minderheiten, die ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand einfordern, auch die sich dadurch bedroht führende weiße Mehrheit dagegen mehr und mehr zur Wehr setzen“⁴⁶.

6. Neuere Entwicklungen

Sowohl kritisches Nachdenken über Gruppenrechte, das Wesen von Multikulturalismus und individuelle Freiheitsrechte als auch der Druck des von den Medien in der Öffentlichkeit erzeugten Abscheus gegen alles, was nach „PC“ aussieht, haben gemäßigte Befürworter veranlaßt, sich mehr und mehr von „PC“ zu distanzieren. Es sei, so wird argumentiert, in der Tat widersinnig und grotesk, wenn eine Bewegung, die mit der Infragestellung von Tabus begann, am Ende selber neue aufrechte⁴⁷ oder wenn, nunmehr seitenverkehrt, die Rechte als Verteidiger von Meinungsfreiheit und Zivilität aufträte, während die Linke an Repressionsinstrumenten bastele.

Im Unterschied zu den Massenmedien, die weiterhin Übertreibungen ausschlachten, hat sich innerhalb der gebildeten Öffentlichkeit die Polarisierung zwischen Links und Rechts, Liberalen und gemäßigten Konservativen, Traditionalisten und Multikulturalisten etwas abgemildert. Man hört neuerdings mehr Stimmen, die Gemeinsamkeiten beschwören, wie etwa der Sammelband von Patricia Aufderheide und Gerald Graffs „Jenseits der Kulturkriege“ andeuten⁴⁸.

Auch von gemäßigten Anhängern von Multikulturalismus und „PC“ wird die extreme und militante Rhetorik von Segregationisten, Afrozentristen oder radikalen Feministinnen, obwohl verständlich als Reaktion auf die Erfahrung politischer Machtlosigkeit während der Reagan-Jahre, in zunehmendem Maße als engstirnig, intolerant und gruppenegoistisch zurückgewiesen⁴⁹. Radikale Übertreibungen werden als schädlich verworfen, da sie eine vernünftige Diskussion über Frauen-

oder Minderheitenrechte, freie Meinungsäußerung, Chancengleichheit und multikulturelle Ausdrucksmöglichkeiten verhindern. Radikale Phrasendrescherei, oft verknüpft mit übersteigertem, unverantwortlichem oder ungenauem Gebrauch von Etiketten wie „Rassismus“, „Sexismus“, „Antisemitismus“, „Nazismus“, „Holocaust“, „Homophobie“, „Belästigung“ oder „Vergewaltigung“ hat die Absonderung der Militanten von den Linken und Liberalen befördert. Die Verwendung von „Totschlagargumenten“ hat „zu so vielerlei Formen allgemeiner Verleumdung geführt, daß diese Begriffe jedwede Bedeutung verloren haben, die sie einmal hatten“⁵⁰. Ihr Gebrauch hat es in der Tat den Rechten leichter gemacht, Verbündete zu finden und eine breite Gegenbewegung aufzubauen.

Nach dem Selbstverständnis gemäßigter Multikulturalisten ist die Bewahrung von Vielfalt kein Selbstzweck, um sich in kulturellen Reservaten abzukapseln. Es gehe vielmehr darum, Minderheitenrechte anzuerkennen und ihren Mitgliedern Chancengleichheit zu geben, wodurch die amerikanische Nation bereichert und geeinigt würde, gemäß dem „E pluribus unum“-Ideal („Einheit in der Mannigfaltigkeit“) der amerikanischen Gründerväter. Damit wird an typisch amerikanische Individualismus-Vorstellungen angeknüpft, wonach der einzelne nach seiner einzigartigen Persönlichkeit und nicht nach seiner Gruppenzugehörigkeit, d. h. nach Geschlecht, Schicht, Hautfarbe oder sexueller Orientierung, beurteilt werden soll. Katie Roiphe, eine undogmatische Feministin, weist die pauschale Auffassung zurück, alle Frauen seien Opfer männlicher sexueller Angriffslust. Kommunikationsverbote und moralistische Reglementierung der Geschlechterbeziehungen setzten den Freiraum wieder aufs Spiel, den die Frauenbewegung mit großer Anstrengung erstritten habe⁵¹. Auch unter den Minderheiten regen sich abweichende Stimmen, die darauf verweisen, daß mangelndes Vorwärtskommen, Zerfall der Familie, Kriminalität und Drogensucht nicht nur Schuld der anderen seien. Shelby Steele fordert etwa, man solle sich abwenden von dem künstlichen Gegensatz von „schwarzen Opfern“ und „diskriminierenden Weißen“. Er fordert statt dessen eine Rückbesinnung auf eigene Stärken, Selbstverantwortung und Selbstbewußtsein⁵².

46 W. A. Henry, III (Anm. 27), S. 31.

47 Vgl. B. Epstein (Anm. 18), S. 148.

48 Vgl. P. Aufderheide (Anm. 3); Gerald Graff, *Beyond the Culture Wars: How Teaching the Conflicts can Revitalize American Education*, New York 1992.

49 Vgl. R. Hughes (Anm. 9), S. 130ff.; T. Gitlin (Anm. 8), S. 188.

50 R. Hughes (Anm. 9), S. 19.

51 Vgl. Katie Roiphe, *The Morning After: Sex, Fear and Feminism on Campus*, Boston 1993.

52 Vgl. Shelby Steele, *The Content of Our Character*, New York 1990.

M. Isserman warnt vor einem neokonservativen Rückschlag, wenn es nicht gelingt, Erscheinungen von Lähmung, Isolation, Engstirnigkeit und fehlendem Realitätssinn zu überwinden. Nur eine „breit angelegte, tolerante und demokratische Linke wird eine Chance haben, den (konservativen) Gegenangriff zu überleben. Eine Linke, die sich in Selbstgerechtigkeit wiegt und lediglich sinnbildlich Politik betreibt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine Niederlage erleiden.“⁵³

V. Unbestrittene Grundlagen: „American creed“

Trotz der von Gegnern und Befürwortern, Linken und Rechten vorgebrachten Gegensätzlichkeiten der Argumente und Auslegungen sollte man nicht übersehen, daß, von einer kleinen Minderheit von Radikalen und Fundamentalisten abgesehen, die Diskussion auf allgemein akzeptierten Grundlagen stattfindet, obwohl extreme Positionen und Anekdoten benutzt werden, um die jeweilige Gegenseite zu verdächtigen oder lächerlich zu machen.

Keine Seite bestreitet rapiden wirtschaftlich-technologischen und sozialen Wandel, demographische Veränderungen und eine Zunahme der ethnischen und kulturellen Vielfalt, die eine Herausforderung für die nationale Einheit darstellen. Die Frage nach der gemeinsamen Klammer, nach politischen Prioritäten und den Verwirklichungsbedingungen von Demokratie und Multikulturalismus ebenso wie die Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Diskriminierung und Chancengleichheit ist jedoch umstritten. Es werden die verschiedensten Schlußfolgerungen gezogen, wie man am besten mit Wandel und Beharrung umgehen sollte.

Unumstritten ist zweitens das Festhalten an den Grundlagen der amerikanischen Demokratie und der verfassungsmäßig festgelegten Freiheitsrechte. Aber von unterschiedlichen Standpunkten her wird gefragt, in welcher Weise die bestehenden Freiheiten und Grundrechte tatsächlich realisiert sind und wie sie zu interpretieren und gegebenenfalls zu reformieren sind. Im Vergleich mit anderen politischen Staatsformen akzeptiert die übergroße Mehrheit der Diskutanten fraglos die angenommene Überlegenheit der amerikanischen Demokratie und stellt die Verfassung, die in ihr festgelegten Rechte und Pflichten, Grundsätze und

53 M. Isserman (Anm. 11), S. 84.

Verfahrensweisen, in keiner Weise in Frage. Ebenso werden der Glaube an die Überlegenheit von Humanismus, Rationalität und anderer westlicher, philosophischer Grundannahmen und Weltbilder, obwohl gelegentlich relativiert, kaum grundsätzlich in Frage gestellt⁵⁴.

Auch das marktwirtschaftliche System des herrschenden Liberal-Kapitalismus wird nicht angetastet, ausgenommen von einigen orthodoxen Neomarxisten, die kaum an der Diskussion teilnehmen, obwohl sie oft als Sündenböcke erhalten müssen. Es gibt jedoch unterschiedliche Auslegungen über die Notwendigkeit des Eingriffs nationaler Behörden, der Bundesstaaten und Gemeinden in den Marktmechanismus oder die Vor- und Nachteile sozialstaatlicher Unterstützung, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um die Gesundheitsreform oder die öffentliche Wohlfahrt belegen.

Die Tatsache, daß die Diskussion über Multikulturalismus und „PC“ nicht im luftleeren Raum stattfindet, daß darin unterschiedliche Interessenlagen und Realitätsinterpretationen zum Ausdruck kommen, allerdings auf der Basis amerikanischer Grundwerte von Demokratie, Kapitalismus und nationaler Einheit, belegt, daß die Vereinigten Staaten sich keinesfalls am Rande der Spaltung oder einer Revolution befinden, wie von der Rechten manchmal in düstersten Farben beschworen. Allerdings bricht die Debatte mit dem Mythos des amerikanischen „Schmelztiegels“ und unhinterfragter Vorherrschaft angelsächsischer Werte und Traditionen. Auch haben Vorstellungen eines ungebrochenen „Fortschritts“, „ungebremsten Wachstums“ und der Überlegenheit des „amerikanischen Traums“ an Glanz und Überzeugungskraft verloren. Die „PC“-Debatte könnte die Amerikaner dazu bewegen, sich selbstkritischer wahrzunehmen und eigenen Unzulänglichkeiten, Widersprüchen und Gegensätzen mehr nachzuspüren.

VI. Zusammenfassung

In unserem Überblick über Ursprünge, Gebrauch und Themen, die mit dem Begriff „PC“ gleichgesetzt werden, kommen wir zu folgenden Schlußfolgerungen. Einerseits geht es um mehr als nur „korrekte“ Worte oder Verhaltensweisen. Es geht um unterschiedliche Auslegungen des Umgangs

54 Vgl. P. Berman (Anm. 18), S. 18.

mit ethnischer Vielfalt und den Beziehungen der Geschlechter, um Chancengleichheit ebenso wie um Wertvorstellungen, oder allgemeiner, um den Umgang mit kulturellem und sozialem Wandel und das Ringen um ein neues amerikanisches Selbstverständnis. Institutionalisierte Reformbemühungen wie „Affirmative Action“ oder die Etablierung von Verhaltensvorschriften ebenso wie die Bestrebungen um eine neue Sensibilität haben Emotionen befördert, Ängste geschürt und zu Polarisierungen geführt, da derlei Veränderungen überlieferte Werte, Strukturen, Rollen und den Zugang zu Ressourcen und Machtpositionen in Frage stellen.

Massenmedien, Konservative und selbst Teile des liberalen Establishments benutzen das Schlagwort „PC“ ihrerseits als Kampfbegriff, um ihnen mißliebige Entwicklungen und Reformbemühungen abzustempeln. Ihre Charakterisierungen reichen von einer „Unterwanderung wissenschaftlicher Leistungsstandards“ bis hin zu pessimistischen Darstellungen einer „Balkanisierung“. Obwohl neokonservative oder traditionalistische Rhetorik aus propagandistischen Gründen zu Überdramatisierungen neigt, steckt dahinter ein wahrer Kern. Ein Erfolg der neuen sozialen und kulturellen Bewegungen würde die Vorherrschaft der Rechten möglicherweise in Frage stellen. Gleichwohl stellt die Debatte weder die nationale Einheit noch das amerikanische Modell von Demokratie und Kapitalismus grundsätzlich in Frage. Von daher steht das Land nicht am Abgrund einer Revolution, obwohl die westliche Identität der USA im Gefolge zunehmender De-facto-Multikulturalisierung der Gesellschaft in der Tat neu definiert wird.

Es ist kein Zufall, daß die Diskussion über verschiedene Aspekte von „PC“ in den letzten Jahren so intensiv geführt wird. Darin drücken sich nationale und internationale Veränderungen aus: die wachsende Einwanderung nichteuropäischer Minderheiten, der versprochene, aber auf vielen Gebieten noch immer nicht voll realisierte Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen gegen Minderheiten und Frauen, die Abneigung gegen Veränderungen des Status quo und ein mehr nach innen gerichteter Blick der amerikanischen Öffentlichkeit. Forderungen nach Anerkennung von Minderheitenperspektiven und gleichen Rechten entspricht auf internationalem Parkett der Rückgang des Einflusses der Vereinigten Staaten und der Aufstieg vormals ausgeschlossener Völker, Staaten und Konkurrenten in Asien, Afrika und Europa, die nach mehr Gleichberechtigung, Beteiligungsrechten und Selbstbestimmung drängen.

Weil die amerikanische Gesellschaft charakterisiert ist durch einen hohen Grad von sozialer Ungleichheit und einen ständigen kulturellen Wandel, d. h., da sich die Gesellschaft in einer fortwährenden Evolution befindet, besteht ein anhaltender Bedarf nach Einheit in der Vielfalt. Weder das starre Festhalten an „ewigen Wahrheiten“ westlichen klassischen Erbes, geschichtlichen Mythen oder der heilen Welt des „amerikanischen Traums“ noch die Etablierung lebensfremder Verhaltensvorschriften und künstlicher Sprachcodes oder keimfreier Gesinnungsethik in abgeschotteten kulturellen Reservaten ist mit der Realität vereinbar. Solche Vorstellungen werden wohl auch kaum bei der Mehrheit der Amerikaner Unterstützung finden.

Mit einiger Sicherheit kann man vorhersagen, daß die amerikanische Gesellschaft für einige Zeit damit konfrontiert sein wird, einen Ausgleich zu finden zwischen konservativem „mainstream“-Traditionalismus und den Herausforderungen der neuen Vielfalt, zwischen selbstgerechter Herausstellung der Überlegenheit der amerikanischen Ideologie („American creed“) und skeptischem Relativismus, zwischen den Konservierern des Status quo und den vorwärtsdrängenden Minderheiten- und Gegenkulturen.

Die Vereinigten Staaten werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht Interessenunterschieden und Konflikten über Fragen nach Rechtmäßigkeit, Repräsentation und Verteilung aus dem Wege gehen können, die multikulturellen Gesellschaften eigentümlich sind. Die Frage ist, ob die politische Kultur des Landes, ob Politiker, Massenmedien, Erziehungsinstitutionen und Intellektuelle vorbereitet und in der Lage sind, diese Herausforderungen anzunehmen. Ist Amerika bereit, sich „voraussetzungslos auf die Suche nach neuen Einsichten zu begeben ... (in einer Zeit), in der Theorien, Glaubenssätze und Verankerungen veralten“⁵⁵?

Die Debatte über individuelle und kollektive Rechte und Freiheiten, Chancengleichheit, Multikulturalismus usw. widerspiegelt starke und schwache Seiten der amerikanischen Kultur und öffentlichen Diskussion. Einige Themen, wie die Verhaltens- und Sprachzensur, haben für viele Beobachter einen esoterischen Charakter und sind zu Recht ob ihres verkrampften Moralismus und ihrer Starrheit kritisiert worden. Andere Themen sind

55 Cornel West, *The New Cultural Politics of Difference*, in: Charles Lemert (Hrsg.), *Social Theory*, Boulder, Col. 1993, S. 332.

realitätsbezogener und pragmatischer, wie die Diskussion um Zulassungen und Einstellungspraktiken, die gesellschaftlichen Aufgaben von Lehre und Forschung, die Fragen nach der Funktion von „Wahrheit“, „Objektivität“ und freier Meinungsäußerung, die Rolle des „klassischen“ westlichen Erbes, die Suche nach gemeinsamen Traditionen und Wertmaßstäben, die Überwindung von Sexismus und Rassismus. Sie haben eine tiefere Bedeutung für das Funktionieren wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen und betreffen die moralischen Grundlagen einer Gesellschaft und der in ihr vorherrschenden Einstellungen.

Eine Kontroverse, die diese Themen zum Gegenstand hat, kann nicht als Ausdruck von Auflösung, Niedergang oder Entartung bewertet werden, sondern als Zeichen eines demokratischen Lernprozesses, zumal „in intellektuellen Angelegenheiten Krisen immer Zeichen von Lebenskraft sind“⁵⁶. Könnte es sein, daß die Vereinigten Staaten anderen westlichen Demokratien, die sich auf dem Weg hin zu multiethnischen und multikulturellen Gesellschaften befinden, das Bild der eigenen Zukunft zeigen?

56 P. Berman (Anm. 18), S. 26.

Hermann Kurthen/Kay Marie Losey: Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur „Political Correctness“-Debatte in den USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21–22/95, S. 3–13

Die Konjunktur des sich inzwischen auch im deutschen Sprachbereich einbürgernden Begriffs der „Politischen Korrektheit“ wirft Fragen auf nach Ursprung, Bedeutung, Gebrauch und politischer Wirkung dieses Schlagworts. Dieser Beitrag weist nach, daß sich dahinter mehr verbirgt als nur ein bloßer Streit um Worte. Forderungen nach einer besseren Artikulation der Interessen und Sichtweisen von früher vergessenen oder an den Rand gedrängten sozialen, ethnischen und kulturellen Gruppen, insbesondere von Frauen und Minderheiten, stellen die gleichsam selbstverständliche Dominanz der angelsächsischen männlichen „mainstream“-Kultur und ihrer Träger im öffentlichen Leben in Frage. Seit dem Ende der Reagan-Ära formiert sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Auswüchse der Kultur der „Political Correctness“ (PC) eine immer stärker werdende neokonservative Gegenbewegung, die zunächst eher kulturkritisch und akademisch, zunehmend aber auch an den „grassroots“ das Unbehagen der weißen Mittelklasse artikuliert.

Inzwischen wird „PC“ als diffamierender Kampfbegriff benutzt, um Errungenschaften der Frauenbewegung, multikulturell geprägte Ausbildungsgänge an Schulen und Hochschulen sowie die aktive Herstellung angemessener Minderheitenanteile und privilegierter Positionen („Affirmative Action“) zurückzuweisen. Dabei werden etwa die Relativierung von Leistungsstandards, die angebliche Einschränkung der freien Meinungsäußerung und die Gefahren selbstzerstörerischer multikultureller Separation heraufbeschworen. Tatsächlich gibt es dafür aber kaum Anhaltspunkte. Die Mehrzahl der Befürworter von mehr kulturellem Pluralismus, von mehr Sensibilität und Toleranz im wechselseitigen Umgang, von Schutzrechten für Minderheiten und Chancengleichheit stellen die nationale Einheit oder amerikanische Grundwerte von Demokratie und Kapitalismus nicht in Frage. Vielmehr sind ihre Forderungen eingebettet in das amerikanische Selbstverständnis und reflektieren das Bemühen um Selbstfindung einer sich wandelnden kosmopolitischen Nation auf dem Weg ins nächste Jahrhundert.

Cora Stephan: Political Correctness, Identität und Werterelativismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21–22/95, S. 14–18

In Deutschland haben wir, so scheint es, die heftigsten Debatten über Political Correctness (PC) bereits hinter uns: Die Frauenbewegung hat sich mit ihrer Forderung nach einer Repräsentanz des Weiblichen in der Sprache sehr weitgehend durchgesetzt. Ist PC hierzulande also nur eine Frage des Respekts bzw. eine neue Weise der Höflichkeit? Nein, denn PC als Strategie der Anerkennung gesellschaftlicher Minderheiten entwirft keinen universalen Wertekanon, sondern formuliert Sprachregelungen, die die „Identität“ dieser Minderheiten würdigen und betonen sollen. PC bedeutet letztlich das Untergehen eines allgemeinen Wertekanons in einer Art „Kulturrelativismus“, der womöglich einer fragmentierten modernen Gesellschaft sogar entspricht.

Die Kehrseite: „Werterelativismus“ verzichtet auf zivilisatorische Errungenschaften wie Unparteilichkeit der Gerichte und Repräsentativität der parlamentarischen Demokratie zugunsten von „Stammesrecht“ und Lobbyismus. Die Logik von PC ist letztlich ethnizistisch, denn eine darauf sich berufende „Identitätspolitik“ begründet Differenzen mit „Natur“. Natur aber ist nicht verhandelbar, nicht kompromißfähig.

Es gibt deutsche Denktraditionen, die einem solchen Werterelativismus entgegenkommen und die im alten Gegensatz von „Kultur“ und „Zivilisation“ wurzeln. In der Debatte um die „doppelte Staatsangehörigkeit“ läßt sich nachvollziehen, wie auch hier letztlich der kulturellen Differenz der Vorzug gegeben wird vor dem politischen Gesellschaftsvertrag. Ist diese Art eines „Zurück zur Gemeinschaft“ letztlich der Preis der Moderne? Schwächt der Werterelativismus die Selbstbehauptung der westlichen Demokratien gegenüber Spielarten des Fundamentalismus?

Sven Papcke: „Political Correctness“ oder die Reinigung der Sprache

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21–22/95, S. 19–29

Die Kontrolle des Sprachgebrauchs zählt zu den Bereichen jener „Sinnstäbe“, die laut Max Weber seit eh und je die politische Ordnung der Gesellschaftsformen grundiert haben. Mit der funktionellen Differenzierung der Sozialwelt in der Moderne entsteht die öffentliche Meinung freilich als Streit um die Geltung von Weltbildern. Sie wiederum korrespondieren mit Interessen, Lagern und Schichten, die im Wettbewerb stehen und deren Redeweise zugleich auch ihre unterschiedlichen Belange, Bedürfnisse, Visionen etc. zu Wort kommen lassen will. Diese Interpretationskonkurrenz war in den langen Prosperitätsjahren hierzulande in den Hintergrund der Aufmerksamkeit getreten, weil sich die Meinungsträger im Grundsätzlichen auf eine Art von *consensus omnium* verpflichtet zu haben schienen. Mit Wirtschaftskrise, Modernitätsblockaden, Wiedervereinigung, überhaupt den neuen Unordnungs- und Gewalterfahrungen der Zeitläufte sieht sich die Sozial- und Lebenswelt erneut als Streitfall entdeckt. Dabei spielt nicht zuletzt die aus den USA importierte *political correctness* eine wichtige Rolle. Mit dieser Formel erst erschließen sich, so scheint es, der Zeitgenossenschaft auch wieder die Herrschafts- und Oppositionsfunktionen sprachlicher Verkehrsformen.